

Pressemitteilung

Berlin, 31.03.2021

Abdruck honorarfrei – Beleg erbeten

Trotz Pandemie: Gesundheitsämter bluten personell aus

Trendwende bei der Bezahlung von Ärztinnen und Ärzten im Öffentlichen Gesundheitsdienst nötig.

Berlin – Auf eine Trendwende bei der Vergütung in Gesundheitsämtern drängt der Bundesverband der Ärztinnen und Ärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (BVÖGD). „In den Gesundheitsämtern herrscht eklatanter Personalmangel, insbesondere bei den Fachärzten. Dies liegt nicht zuletzt an der wesentlich schlechteren Bezahlung der Ärztinnen und Ärzte, die nach dem Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst, Bereich Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (TVÖD VKA), im Vergleich zum Tarifvertrag der Ärzte an kommunalen Kliniken bezahlt werden“, erläuterte der tarifpolitische Sprecher des BVÖGD, Dr. Matthias Albers. Er betonte, auch der neue Tarifabschluss im Öffentlichen Dienst ändere diese Situation nicht grundlegend.

Die Aussicht auf eine Trendwende sieht der BVÖGD jetzt wegen einer neuen Einschätzung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes DStGB. Danach hält auch dieser Ärztinnen und Ärzte in Gesundheitsämtern gegenüber Kolleginnen und Kollegen im Krankenhaus für finanziell benachteiligt. Der Hauptgeschäftsführer des DStGB, Dr. Gerd Landsberg, hatte auf der Jahrestagung des dbb – Beamtenbund und Tarifunion erklärt: „Wir haben in den Gesundheitsämtern seit vielen Jahren Personaldefizite beklagt, ohne dass sich jemand dafür interessiert hätte. Die Arbeit ist dort wenig lukrativ, insbesondere die dringend benötigten Ärzte meiden den Öffentlichen Gesundheitsdienst. Jetzt, wo die Ämter im Zentrum des allgemeinen Interesses stehen, entsteht hoffentlich Bereitschaft, bei der Bezahlung nachzulegen.“¹

„Nur wenn Ärzte, die nach abgeschlossener Weiterbildung in der Klinik als Facharzt ins Gesundheitsamt wechseln, dort auch wie eine Fachärztin beziehungsweise ein Facharzt bezahlt werden, kann es gelingen, Personal zu gewinnen. Man kann doch niemandem erklären, warum die Arbeit plötzlich weniger wert sein soll, wenn sie oder er vom Kreiskrankenhaus zum Kreisgesundheitsamt wechselt“, so Albers.

Die Vorsitzende des BVÖGD, Dr. Ute Teichert, lobte den sogenannten Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst, der im vergangenen September beschlossen wurde. Er sieht unter anderem vor, bis Ende 2021 deutschlandweit 1.500 Stellen zu schaffen und bis Ende 2022 nochmal 3.500.

„Die Einrichtung der Stellen aber nur der erste Schritt. Wir müssen diese auch besetzen – und das ist wegen der Tarifsituation sehr schwer“, sagte Teichert.

Pressekontakt

Dr. Ute Teichert, BVÖGD Vorsitzende
Joachimsthaler Straße 10
10719 Berlin
E-Mail: ute.teichert@bvoegd.de
Telefon: 030 8872737-55

¹ <https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/122093/Robert-Koch-Institut-lobt-Arbeit-der-Gesundheitsaemter>